

Volksstimme

Einzelnummer 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.
Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertag in Halle a. S., Sonntags mit 2 illustrierten Beilagen „Volk und Zeit“, sowie wöchentlich abwechselnd: „Für die Arbeiterjugend“ und „Für die arbeitende Jugend“

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Fernspr. 5407. Postfachkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 135

Bezugspreis: Durch Ausdrucker zugestellt monatlich 6,00 Mk. einschließlich Postgebühr. Für Abnehmer 5,50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18,-; monatlich 6,00 Mk. einschließlich Postgebühr.

Halle, Montag, den 13. Juni 1921

Anzeigenpreis: Im adreßpost. Anzeigenteil kostet das Blatt 60 Pf. bezugslos. Reklame im dreizehnten und vierzehnten Blatt 2,50 Mk. Bei Abnahme von 10 Blättern für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang

Der Protest gegen den Münchener Mord.

Arbeitsfront in München. — Sympathieumgebung der Wiener Arbeiter. — Auch die Berliner Sozialdemokratie demonstriert. — Protest des Münchener Stadtrates.

Die Empörung über den Meuchelmord an den Abgeordneten Garais und nicht zum wenigsten die offene feindselige Haltung, die die bayerische Regierung und ein großer Teil des Bürgertums gegen alle Protestaktionen der Arbeiterfront einnimmt, hat alle drei Richtungen in derselben auf einige Zeit zu einer gemeinsamen Front zusammengeweiht. Mit großer Entschlossenheit setzte zunächst der Generalstreik in München ein. Aber es mußte ihm auch ein bestimmtes Ziel gegeben werden. Die S. P. D. stellte folgende Forderungen auf:

1. Schnellste Durchführung der Reichs- und Landesgesetzgebung sowie der Reichs- und Landesgesetzgebung gegen jede Rechtsverletzung und gegen die Verletzung des alten militärischen Geistes in Bayern.
2. Schutz von Leben und Sicherheit aller Staatsbürger.
3. Aufhebung des Ausnahmezustandes, Beseitigung der Volksgerichte und der Polizeimilitär.

4. Abschaffung der Staats- und Volksgerichte unter Aufhebung der Verbrechen.

5. Sicherung und Ausbau der demokratischen Sozialen Republik.

Die SPD fordert: Rücktritt der bayerischen Regierung, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Beseitigung der Volksgerichte, Freilassung der politischen Gefangenen.

Die SPD verlangt neben den anderen Forderungen die Entlassung aller politischen, auch der mit Zuchthaus bestrafte Gefangenen.

Die Sozialdemokratie hatte diese Forderungen aufgestellt unter Berücksichtigung der realen Verhältnisse. Unter den auseinandergehenden Ansichten der einzelnen Parteien litt dann auch die weitere Durchführung des Streites. Später hat man sich auf dem Boden der SPD-Forderungen geeinigt und mit folgenden zwei Erklärungen: Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit, Freilassung der unschuldig politisch Inhaftierten.

Protest des Münchener Stadtrates.

Die bürgerlichen Parteien zeigen verhärtete Sympathie für den Mord

München, 11. Juni (WZ). Der Münchener Stadtrat trat heute zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, worin die Fraktion der bayerischen Volkspartei und der Demokraten den Generalstreik für ungesetzlich erklärten und entschieden mißbilligten. Darauf verließen die bürgerlichen Mitglieder des Stadtrates den Sitzungssaal. Die sozialdemokratischen Fraktionen beantragten, beim Direktorium des Landtages eine Reihe von Forderungen, wie Durchführung der Reichs- und Landesgesetzgebung, tatkräftiges Einschreiten gegen jede Rechtsverletzung, Aufhebung des Ausnahmezustandes usw. vorzulegen. Wegen der Beschlußunfähigkeit des Hauses konnte ein Beschluß nicht gefaßt werden. Die sozialistische Stadtratmehrheit des Hauses beschloß jedoch, diese Forderungen als Kundgebung dem Landtag zuzuleiten. Die sozialistischen Organisationen forderten in der „Münchener Post“ die gesamte Arbeiterfront Bayerns auf, dem Beispiele der Münchener Arbeiter zu folgen und allerorts den Generalstreik durchzuführen.

Bom Mörder des Abgeordneten Garais noch keine Spur.

München, 12. Juni. (T. U.) Wie von der Polizeidirektion mitgeteilt wird, haben die Nachforschungen nach dem Mörder des Abgeordneten Garais noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Natürlich nicht!

Die Raubzerstörung gegen die Protestation der Arbeiter.

München, 11. Juni. Das heutige Extrablatt der Münchener Post wurde wegen seiner Aufforderung zum Generalstreik der lebenswichtigen Betriebe beschlagnahmt; außerdem wurde die unabhängige Zeitung Der Kampf bis auf weiteres verboten.

Sympathieumgebung der Wiener Arbeiter.

Wien, 13. Juni. (WZ). Die gestrige Sitzung des Wiener Kreisarbeiterrates wurde von Dr. Adler mit einer Sympathieumgebung für die bayerische Arbeiterfront eröffnet, in der er ausführte, die gemeinsame Aktion des Münchener Proletariats sei ein Zeichen der Hoffnung, daß auch in Deutschland die Kampfkraft des Proletariats für die Selbstbefreiung der Gewerkschaften wiederum gestärkt werde. Auf Antrag Dr. Adlers wurde einstimmig die Absendung eines Telegramms an den vom Proletariat Münchens eingehenden gemeinsamen Ausschuss beschlossen, in dem der Kreisarbeiterrat dem klaffenbewußten Proletariat Bayerns sein heißes Mitgefühl aus Anlaß der Ermordung des Abgeordneten Garais ausdrückt. Der Parteivorstand der österreichischen sozialdemokratischen Partei sandte an die U. S. P. in München ebenfalls ein Beileidstelegramm.

Auch die Berliner Sozialdemokratie demonstriert.

Der „Vorwärts“ ruft in seiner Sonntagausgabe die Berliner Bevölkerung zu sechs großen Protestversammlungen am Montag nachmittag auf, in denen gegen den Mord an Garais in Bayern Stellung genommen werden soll. Nach den Versammlungen sollen die Besucher sich zu Demonstrationen gegen die bayerischen und in einer gemeinsamen Schlusskundgebung auf einem öffentlichen Platz den Gegenrevolutionären den Kampf ansagen.

Die verbotene Versammlung unter freiem Himmel.

Bekanntlich hatte der Münchener Polizeipräsident die Protestversammlung zum Mord an Garais verboten. Er wollte dadurch wahrscheinlich zeigen, wie er eigentlich nichts gegen den Mörder unternehmen will. Sein Versammlungsverbot hat die Arbeiterfront freilich nicht gehindert, sich zu vielen Tausenden in dem verbotenen und militärisch besetzten Ausstellungsgebäude zusammenzufinden. Aber wer weiß, was weiter geschehen wäre, wenn nicht Erhard Auer gerade noch im richtigen Augenblick unter höchstem Protest gegen die bayerische Brutalitätspolitik aufgefördert hätte, auseinanderzugehen? Draußen fanden die Panzerautomobile und drehten ihre Räder in der Richtung auf den „Reid“. Sinter ihnen standen die grünen Latzenreiter — eine bayerische Spezialität, dergleichen man sonst nirgendwo sieht. Das Bild machte ein wenig an die Soldaten des alten ruffischen Jarzweibes. Das die Wache, obwohl es ihr natürlich sehr gegen den Strich ging, die Mäschung des Genossen Auer befolgte, zeigt die große Autorität des sozialdemokratischen Führers.

Die Kämpfe in Oberhessen.

Kattowitz, 10. Juni. (WZ). Im Sidpatt sind von den Aufständischen, wie einwandfrei festgestellt werden konnte, mehrere Geschütze und Minenwerfer aufgebaut worden. Das Ausheben von Schützengraben im Sidpatt dauert an. Im Stadteil Boguskiß steht ein Panzerauto, das nach allen Seiten hin den Patronenbestand wahrnimmt.

In der Umform der grünen Wäse haben Banditen in der letzten Nacht die Einträge und Klünderungen bei den Geschäftsleuten und Bürgern fortgesetzt. Die Injuranten erheben die Forderung nach dem neuen verneuten Tarif; seit gestern werden auch Monatskarten ausgegeben.

Oppeln, 11. Juni. (WZ). Englische Truppen haben bei Hest die Orte Niedersowitz, Rudzinig und Laissa besetzt. Die Kampfkraftigkeit der polnischen Aufständischen hat heute wieder zugenommen. Im Kreise Rosenberg scheiterte bei Bogowisz ein von polnischer Kavallerie unternommener Angriff unter schweren Verlusten der Injuranten. Im Kreise Oppeln wurde eine deutsche Postierung von fünf Mann bei Jamojcie östlich Malapane von Aufstrebenden überfallen. Zwei Mann wurden von den Polen verschleppt, die verfallenen Leichen der drei übrigen Deutschen sind aufgefunden worden. Im Kreise Groß-Strehlitz ist in der Gegend von Stubendorf ein polnischer Angriff im Gange. Ueber seinen Verlauf liegen Nachrichten bis zur Abendstunde noch nicht vor.

Im Kreise Ratibor herrschte an der Oberlinie lebhafteste Feuerzätigkeit. Bei Niederschau drangen die Injuranten mit stärkeren Kräften vor. Sie wurden zurückgewiesen. Ebenso scheiterten polnische Vorstöße bei Plania.

Oppeln, 12. Juni. Bei den Verhandlungen mit General Hoefler hat die interalliierte Kommission wiederholt auf das bestimmteste versichert, daß sie den Injuranten jede Kampfhandlung unterlagen werde. Wie sehr der deutsche Selbstschutz recht hatte, als er diesen Versicherungen des Generals Verdon mit größtem Mißtrauen gegenüberstand, hat das weitere Verhalten der Injuranten bewiesen. Sie entwickelten heute an der ganzen Kampflinie eine lebhafteste Tätigkeit. Allein Ratibor-Plania wurde heute Nacht durch die Polen mit 22 Schuß Artillerie belegt. Mehrere Ortshäuser, die der deutsche Selbstschutz auf Unterstützung der interalliierten Kommission für die Ententruppen freigemacht hatte, wurden heute von den Polen erneut besetzt.

Es bleibt dabei, sofort aufzubrechen.

Berlin, 11. Juni. (Mittl.). Auf Grund der durch die Kreise gegangenen Meldung, daß die Botschafterkonferenz für die Klärung und Entschärfung der bayerischen Einwohnerwehren weitere Fristen in Aussicht genommen habe, hat die Reichsregierung sofort amtliche Erundigungen eingezogen und die Mitteilungen erhalten, daß die Nachricht unzutreffend sei. Die Botschafterkonferenz hat sich in ihren letzten Sitzungen mit der Frage der bayerischen Einwohnerwehren überhaupt nicht befaßt und insbesondere eine Sinaussetzung der Termine nicht beschlossen.

Der bayerische Proteststreik.

Die schändliche Ermordung des unabhängigen Landtagsabgeordneten Garais hat die Auslösung eines dreitägigen allgemeinen Proteststreiks in ganz Bayern zur Folge gehabt. Die Regierung von Kahr, die unmittelbar nach der Verabschiedung der Beschlüsse der Reichstagskommission die Besetzungsmaßnahmen vorbereitete, hat inzwischen ihr wahres Gesicht wieder gezeigt, indem sie ihre weiteren Maßnahmen nicht nur von irgendwelchen Schritten gegen die an dem Meuchelmord schuldigen rechtsstehenden Kreise bisher nicht gehört hat. Die Massenversammlungen des S. P. D. und der U. S. P. unter freiem Himmel werden mit Hilfe des Belagerungszustandes verboten und deren Verbindung antimilitärisch und beschlagnahmt worden. Die Zeitungen sind verboten und beschlagnahmt worden. Man möchte meinen, daß angesichts nicht allein der Freveltat, sondern auch dieser Schamlosigkeit der Regierung von Kahr und ihres würdigen Polizeibeamteten Böhners die Protest- und Abwehrbewegung der gesamten Arbeiterfront mit noch nie dagewesener Macht und Einheitsliebe ihren Lauf nehmen würde.

Leider scheint dies nicht der Fall zu sein. Gewiß sind die Drahtberichte jener bürgerlichen Berliner Blätter, die bereits am Sonnabend mittag triumphierend das „München“ des Generalstreits meldeten, tendenziös übertrieben. Inwiefern muß zugegeben werden, daß auch nach unseren Informationen die Abwehrbewegung nicht den großartigen Charakter zu haben scheint, den wir berechtigt waren, zu erwarten. Es ist deshalb dringende Pflicht der Parteigenossen, sich mit den Ursachen dieser Ermordung eingehend zu beschäftigen.

Viele werden meinen, daß es vielleicht nicht war, gleich von vornherein zwischen den verschiedenen Parteien über die „Forderungen“ zu verhandeln, die man dem Streik als Ziel setzen wollte. Denn es war klar, daß sich die einzelnen Parteien über das Maß dieser Forderungen nicht so leicht würden einigen können, zumal es doch die Taktik der Kommunisten in der ganzen Welt ist, jederzeit und besonders bei solchen Gelegenheiten, im trüben zu fischen. Die Berliner „Note Föhne“ vom Sonnabend entlockt sich nicht, in einem Aufzuge die Parteien der Reichstagsaktion für die Ermordung Garais moralisch verantwortlich zu machen, und zwar nicht nur die sozialdemokratische Partei, sondern auch die unabhängige Sozialdemokratie, weil diese die Regierung Wirth unterstützte. Dazu bemerkt die Berliner „Freiheit“ mit vollem Recht: „Eine Gemeinschaft mit Leuten, die etwas dergartiges zu schreiben wagen, kann es deshalb für anständige Arbeiter nicht geben.“

Die Grundursache des entäußernden Verlaufs der Bewegung ist darin zu suchen, daß offenbar die sozialistische Bewegung in Bayern, namentlich in München und Umgebung, leider in den letzten zwei Jahren an Kraft sehr viel verloren hat. Die Novemberrevolution von 1918 war ein Strohfeuer, das seine ursprüngliche Kraft nicht zuletzt der him- und mitteilenden Begleitersfähigkeit Arzr Eisners verdankte. Anstatt nun dieses Feuer sorgfältig zu pflegen und zu hüten, anstatt die Partei und die Lehre des Sozialismus in stärkerer Arbeit bis in die kleinste Gasse des Landes zu tragen, verfielen die Führer und Dränger, denen nichts rasch genug geht, jugendliche Kaffeehausliteratur, weltfremde, zur Anarchie neigende Theoretikern dem Sozialismus mit Gewalt über Nacht einzufröheln und verbanden sich zu diesem Zwecke mit allerlei Ertreibern und sonstigen dunklen Gestalten, von denen ein jeder, wie in Gerhard Hauptmanns „Florjan Geier“ dachte: „Ich könnt' billig König werden!“ So kam es zu der fälschlichartigen Münchener Novemberrevolution und in diesen Händen ist die beste Sache, die edelste Sache gewest wie das Kleinod „Saufall!“ Von diesem Tage ab datiert der Niedergang der Arbeiterbewegung in Bayern. Die Unabhängigen hatten nur noch daran, die S. P. D. faputt zu machen, und als ihre Bemühungen teilweise von Erfolg gekrönt waren, verloren sie selbst, nach ihrem eigenen Geständnis, die Hälfte ihrer Anhänger, teils an die S. P. D., teils an die harmlose Masse der politisch Gleichgültigen. Inzwischen aber hob sich die Reaktion langsam wieder in den Sattel, und der Kapp-Putsch, der in ganz Deutschland an dem Widerstand der Arbeiterfront gescheitert war, erntete nur in Bayern einen leichten und billigen Erfolg, indem der General von Wöhr den Rücktritt der sozialistisch gefährdeten Regierung Hoffmann und die Einsetzung der rein bürgerlichen, vornehmlich reaktionären Regierung von Kahr erzwang.

Die bayerische Sozialdemokratie hat glücklicherweise ihren Tiefpunkt schon längst überschritten, und breite Schichten, die sie bereits einmal aus Unkenntnis der Dinge verlassen hatten, beginnen sich wieder um sie zu haren. Auch dürfte die Ermordung des unabhängigen Führers Garais, als traugere Krönung einer Reihe von Gemattigtigkeiten, dem Fuß den Boden ausgeglichen haben. Eine Umwandlung der bayerischen Regierung und das Einschlagen eines neuen gestifteten Kurzes wird wohl unerlässlich sein. Die bayerischen Demokraten namentlich stehen jetzt vor der Entscheidung, ob sie weiter mitschuldig an dieser schändlichen Reaktion der Kahr, Föhner und Roth sein wollen. Wenn nötig wird ein Druck

Eine Stimme der bayerischen Volkspartei.

Der „Regensburger Anzeiger“ schreibt zur Ermordung Gareis:

„Es ist zu hoffen und bringen zu wünschen, daß die bayerische Staatsregierung mit aller Macht gegen die vorgeht, die eine Vorkampfabteilung in Bayern geschaffen haben, unter der beratigen Maßnahmen entstehen konnten. Die Verantwortlichen auf ihre eigene, die offen zur Beilegung der Reichs- und Staatsangelegenheiten sind die eigentlichen Schuldigen an dem Verbrechen, das neuerdings schweres Unheil über Bayern zu bringen droht. Die bayerische Staatsregierung hat dem härtesten Druck der Feinde nachgegeben und den festen Willen zur Entlassung der Einwohnern wehren tun lassen. Auch bei der Einwohnerwehr ist ausnahmslos dieser gute Wille. Wir fragen aber: Ist es richtig, wenn der bekannte deutschnationale Oberst Zolander in diesen Tagen bei den Führern der Regierungsbildung erschienen ist mit der Forderung, der Ministerpräsident v. Rahr, der gegen Berlin zu schwächen und zu schlapp gemessen sei, müsse gestürzt werden? Wenn es nötig ist, müsse die Diktatur ausgerufen werden. Dafür sei Rahr nicht stark und rücksichtslos genug! Das könne nur Eiserich oder er, Zolander, machen.“

Diese Stellungnahme des „Regensburger Anzeigers“ muß deswegen sehr ernst genommen werden, weil er das Sprengorgan der bayerischen Volkspartei darstellt.

Für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 12. Juni. Die Reichsvereinerung chemischer Kriegsgefangener, die eine halbe Million Mitglieder zählt, veranstaltete in ganz Deutschland Kundgebungen für die Freigabe der in Wlgonin zurückgelassenen 115 Kriegsgefangenen. In Berlin redeten in der unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlung Vertreter verschiedener Parteien, darunter Reichstagspräsident Lobe, Professor Schilling, Frhr. v. Lersner. Die Reichsregierung wurde in einer Entschließung aufgefordert, trotz der bisherigen Mißerfolge erneut die Freigabe zu fordern.

Ausgehobene außerordentliche Gerichte.

Berlin, 11. Juni. Die außerordentlichen Gerichte in Arnsterg, Dortmund, Eberfeld, Münster, Wesel, Stendal, Altona, Hemsburg und Weiningen sind, wie dies der Reichsminister der Justiz im Reichstag in Aussicht gestellt hatte, aufgehoben worden. Die Aufhebung weiterer außerordentlicher Gerichte steht bevor.

Der Rinderseuchen freigegeben.

Leipzig, 11. Juni. Im Prozeß Randoher wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Reichskasse auferlegt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Wie machen sich wichtig.

München, 12. Juni. (Z. M.) Gestern begann in München die dritte Bundestagung der deutschen Reichsbürger. Sie wurde mit einer politischen Ansprache des Reichspräsidenten des Reichsbürgers, Erziehung von Reichel, eröffnet, in der dieser darauf hinwies, daß die Zeit der politischen Wirren für Deutschland noch nicht vorbei sei. Das Ultimatum könne nicht zurückgeführt werden. Es könnten sich sehr leicht außerordentliche Verwicklungen ergeben, die auch auf das innerpolitische Leben zurückwirken könnten. Angesichts der Gefahr neuer Unruhen, die sich aus der ganzen internationalen Lage ergebe, stehe die deutsche Bürgerbewegung erst jetzt in dem Zeiden ihrer eigentlichen Aufgabe. Regierungsrat Koeper hielt ein Referat über die lokale Frage, in dem er die Einlegung eines Arbeitsamtes beim Reichsbürgeramt zur Sammlung des gesamten Materials über die lokale Lage Deutschlands beantragte. Ein Mitglied der Geschäftsbühnen sprach über das Thema „Rechtshilfe und Bürgertum“. Nach längerer Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der der Reichsbürger jede Sozialisierung ablehnte, aber die Notwendigkeit sozialer Arbeit sehr klar betonte. Weiter wurde eine Resolution angenommen, die von der Regierung die Durchsetzung des deutschen Rechts in Österreich mit allen Mitteln verlangt. Nach Referaten über „Rechtliche Notfälle“ und die „Kommunalspolitik der deutschen Bürgerämter“ wurden die Beratungen auf Sonntag morgen verlagert.

Können wir zahlen?

In der „Globe“ rechnet Varus in interessanter Weise aus, daß Deutschland vor dem Kriege für die Rüstungen jährlich nahezu 2000 Millionen Goldmark ausgegeben hat. Jetzt geben wir dafür 273 Millionen Goldmark aus und dabei könnte an der Reichswehr noch viel gespart werden. Wenn durch die Entlassung können wir mindestens zwei Milliarden Goldmark im Jahr gewinnen, und wer wollte danach behaupten, es sei unmöglich, die Zeit der Reparationen aufzuheben, die etwa 8 bis 8 1/2 Milliarden Goldmark im Jahre betrage! Das muß und das wird möglich sein, sobald die deutsche Wirtschaft sich von den Krisisfolgen einigermaßen erholt hat. Bis dahin muß die Regierung nur den Mut haben, die Wäcker der Goldwerte, deren Vermögen durch den Sturz der deutschen Wäuta in keiner Weise beeinträchtigt worden ist, gehörig zur Tragung der Lasten heranzuziehen.

Deutschland und Amerika!

Hiermit unauffällig hat Berlin, um nicht zu sagen: Deutschland, am Amerikaner Erfolg bekommen. Von Paris aus langte der amerikanische Oberst Edward M. House in Berlin an und war gleich als Reichsbürger-Geschäftsträger des Dr. A. W. Brown in der Wohnung des Gastgebers ein Gastmahl statt, zu dem bekannte deutsche Wirtschafts- und Handelsfachleute geladen waren.

Oberst House hat seinen Berliner Aufenthalt nur bis Montagabend ausgedehnt. Er wird nach Berlin die Hauptstadt des deutschen Ostereichs, Wien, aufsuchen. Es ist in den beteiligten Kreisen mit ziemlich auffälliger Eifer und Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß Herr Oberst House keineswegs eine offizielle Mission in Berlin zu erfüllen gehabt habe. Er sei im Auftrag einer großen Weltöffentlichkeit, Zeitung, für die er Einträge und Beobachtungen über den Stand der Politik und der Wirtschaft des Europa nach dem großen Kriege sammelte. Auch sein Besuch des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin sei lediglich als Freundschaftsbesuch anzusehen. Ohne unterzürts an die Anwesenheit des amerikanischen Obersten übertriebene Hoffnungen knüpfen zu wollen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß Oberst House nicht der erste beste ist. Er hat während der Friedensverhandlungen in Paris dem Obersten Kriegsrat angehört und ist lange Zeit ein viel beachteter Mitarbeiter des letzten amerikanischen Botschafters gewesen. In Amerika ist der außerordentliche Herr Oberst den es, ohne Zweifel, besonders heranzuziehen.

auf die Politik dieses Landes ausgeübt hat, erst in den letzten Jahren recht bekannt geworden. Wenn man in Verbindung mit dieser Tatsache die weitere Tatsache vergleicht, daß das amerikanische Wirtschaftswesen zuzeiten an dem Wohlstand des Deutschen nicht weniger teilhaftig ist, als man nicht umhin können, den Besuch des Obersten House in seiner Bedeutung für uns etwas zu erweitern.

Krafft über die russischen Konzeptionen.

Dem Kapitalisten mehr Augen als vor dem Kriege. Eine Mitarbeiterin des Zeit Verlags hatte in London eine Unterredung mit Krafft. Der Vertreter der russischen Sowjetregierung sprach sich nicht nur über die Konzeptionsfrage aus. Bis jetzt, sagte er, hätten die wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands zum Ausland ausschließlich in einfachen Käufen bestanden. Er schätzte die Kontrakte mit England auf fünf Millionen englische Pfund, mit Schweden auf 50 Millionen Kronen, mit Deutschland auf drei Milliarden Mark und mit Amerika auf zehn Millionen Dollar. Aber die russischen Goldreserven seien nicht unerheblich, Rußland ziehe es vor, sich auf dem Weg der Konzeptionsgeschäfte zu begeben. Der russische Export sei erst in ganz geringem Maße wieder aufgenommen worden. Die Herstellung der Transportwege verbinde die verschiedenen Reichshäuser nach den Häfen. Es ließen also nur die Konzeptionen übrig. Von einer Wiederherstellung des Privatigentums könne nicht die Rede sein und darauf komme es auch nicht an. Der Kapitalist, der durch Rußlands Reichtümer angezogen werde, müsse begreifen, daß er seine Arbeit in Rußland in einem Vertrage zwischen ihm und der Sowjetregierung zu Grunde legen könne. Er werde aus diesem Vertrag ebenso viel oder mehr Nutzen ziehen, wie aus den Unternehmungen nach dem Kriege. Die Regierung aber werde Herr ihres Bodens bleiben und niemals Monopol ausgeben. Wenn der Kapitalist genügenen Profit aus der Konzeption gezogen habe, müsse sie wieder an die Regierung zurückfallen. Krafft behauptete, es sei niemals jemand geschädigt worden, der einen Vertrag mit der Sowjet befähigt. Wenn 1918 kapitalistische Unternehmungen nationalisiert worden seien, so nur deshalb, weil sie keinen Vertrag mit der Sowjet hatten und auf Grund der zaristischen Wirtschaft arbeiteten. Der Kapitalist könne aber auch in aller Ruhe mit der Sowjet Verträge abschließen, denn, da es keine radikale Regierung gebe als diese, so könne jede Regierung, die nach dem Kriege auftreten werde, die Beziehungen der Sowjet gegenüber den Kapitalisten nur mit umso größerer Sicherheit übernehmen. Bis jetzt sei nur eine einzige Konzeption, und zwar an die Seneska Luftlager Fabrik abgegeben worden. Allerdings komme das Diktat über die Konzeption auch erst aus dem Dezember 1920.

Japanisch-amerikanische Zulassung.

Die Insel Yap und die über sie laufenden Kabel sind nach dem Frieden den Japanern zur Kontrolle übergeben worden. Die Nähe der Insel bei den Philippinen, den Inseln, die sich Amerika 1908 von den Spaniern mit einem militärischen Sieg und 20 Millionen Dollars erwarb, macht verständlich, daß Amerika darüber beunruhigt ist und den Japanern mit allen Mitteln die Kontrolle über Yap streitig zu machen sucht.

Japan hat die Gefahr erkannt. Es hat bereits mit England eine militärische Konvention geschlossen. Der japanische Kommando hat als ersten Angehörigen des japanischen Kaiserhauses sein Land verlassen und eine diplomatische Weltreise zur Stärkung Japans unternommen. Er sollte ursprünglich auch Amerika besuchen. Der Mißfall hat aber dann eine frühe Abreise nach Washington geschickt. Der Thronfolger wurde „nur“ London und Paris besuchen. Neben dieser diplomatischen Rüstung geht die militärisch-maritime Rüstung Japans. Auch Amerika rüstet sich ebenfalls und es ist charakteristisch, daß bei der Annahme des jüngsten Protokolls in Washington der Marineminister eine Rüstungsverstärkung mit England wünschte. Von Japan schwieg er! Das Wiederauftreten Amerikas in den verfallenen Friedensverhandlungen für Europa ist ein Beweis für den Willen Amerikas, England und Frankreich in Fühlung mit Amerika zu halten.

Japan hat jetzt alle seine südlichen Besitzungen von Protokollen entzogen und die Streitkräfte in den heimischen Gewässern gelammelt. Gleichzeitig ist die amerikanische Kriegslotte aus dem Pazifik in den Ozean zurückgezogen worden und wird im stillen Ozean, dem Verbindungspunkt nach Japan, verammelt. Die Yap- und Kabiselsteige ist also in ein kritisches Stadium gelangt. Der Weltfriede scheint nicht in weitem Felde zu sein.

Der Kampf zwischen Moskau und Amsterdam in den französischen Gewerkschaften.

Paris, 11. Juni. (W.Z.) Wiedergang drang in Begleitung von zwanzig Personen vergangene Nacht in das Haus des Eisenbahnerverbandes ein, entfernte drei Anhänger der extremen Partei, wuschelte die Tischblätter und nahm mehrere umfangreiche Pakete mit. Den Mitgliedern des Bureaus der Gewerkschaft gelang es heute mittags, wieder in das Gebäude zu kommen, indem sie ihren Weg durch den Keller nahmen. Sie nahmen das Inventar auf und beschuldigten Wiedergang, die Karotte, Streikmaterialien und 5000 Verbandsmarken mitgenommen zu haben.

Notizen.

Waffen in der Scheune. Drei Hundwaffenbesitzer, die in einer Scheune in der Nähe Hülshofens übernachteten, fanden dort 20 Waidhewegwähe, 10 Gewehre und Munitionsmengen. Sie erklärten bei der Schußpolizei Anzeige, die darauf Waffen und Munition beschlagnahmte. Der Führer der Hülshofener, ein Großbauer, weiß nichts von diesen Waffen.

Stetsche Kommunisten. In Moskau wurde in der Stadterordnetenversammlung mitgeteilt, daß die kommunistischen Stadterordneten, darunter Dr. Gabriel, zu den Unabhängigen zurückgeführt sind. Dieser Vorgang ist eine Folge der diesjährigen Aprilunruhen, die den kommunistischen Willkürern die Augen über die Ziele gewisser Arbeiter geschlossen hat. Selbstständig wird gemeldet: Die Internationalisierte Militärkontrollkommission hat die deutsche Regierung um Auskunft über den Verbleib der sehr weittragenden Geschütze ersucht. Ihre Anfrage ist wie folgt beantwortet worden: Während des Krieges sind 7 sehr weittragende Geschütze erbaut worden. Von ihnen sind 4 während des Krieges zerstört worden. Bei Kriegsausbruch waren 3 solcher Geschütze vorhanden, von denen ein Rohr Ende April 1918 in Eisen zerlegt wurde, das zweite am 18. November 1919 auf dem Versuchspfad Weppen gelagert, das dritte am 22. November 1919 in Wagnburg zerlegt worden ist. Die Teile dieser drei Rohre sind zerlegt.

75 000 Wäennensätze für die Entente. Im Herbst dieses Jahres sollen über 75 000 Wäennensätze mit dem Donau in Köthen an Frankreich und Belgien geliefert werden.

„Geschäftliche Briefe.“ Unter obiger Epithete bringt die „Germania“ Mitteilungen Erbergers, wonach die vom Kaiser Kardinal Hartmann und vom Kardinal Bettine angebildet verlobten und schließlich über Erbergers Urteilenden Briefe, die durch die Presse gingen, gefällig seien.

Schwerster Gefährdung am Rhein. Die Klagen über sehr schlechten Gefährdung infolge der Rheinabnahme häufen sich täglich. Fast alle Antriebswerke werden davon betroffen. Einzelne Betriebe müssen schließen, andere werden folgen. Es ist daher mit großen Arbeiterentlassungen zu rechnen.

Normalität der Japaner in Ostasien. Die Japaner in Wladivostok geben bekannt, sie seien geneigten Landbesitzern nach Belieben vorzurufen und bestimmte strategisch wichtige Punkte zu besetzen. Die Sowjetregierung protestierte hiergegen.

Widerstand in der Einwanderung in Amerika. Der Einwanderungsmassif gibt bekannt, daß die Schiffahrtsgesellschaften dafür verantwortlich gemacht werden, daß nur die zulässige Anzahl Passagiere nach den Vereinigten Staaten übergeführt wird. Von 2000 Polen, die sich gegenwärtig auf dem Wege nach den Vereinigten Staaten befinden, werden etwa 600 die Erlaubnis zum Landen erhalten.

Gonales.

Die Volksfürsorge

hielt am 8. Juni im Sitzungssaal der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. ihre acht Generalversammlung ab, über die wir erst heute zu berichten in der Lage sind.

Der Vorsteher Bauer-Berlin eröffnete die Versammlung und gab bekannt, daß nach der Feststellung des am Ende des Monats 1917 Aktionäre mit 869 000 Mark Aktienkapital vertreten waren.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsteher mit warmen Worten des im November v. J. vorhergehenden Aufsichtsratsmitglied, Herrn Adolf Seiffert. Geschäftsführer Leise berichtete dann über das verfloßene Geschäftsjahr. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß im Jahre 1920 die Gesellschaft eine außerordentlich gute Entwicklung genommen hat. Den Referenzen können auch in diesem Jahre die jagungsgemäßen Aufstellungen aufstellen; der Organisationsfonds erhält nur 34 251 Mark, womit er die festgesetzte Höhe von 200 000 Mark wieder erreicht hat.

Beschlossen wurde, den Ueberfluß von 1 606 074,08 Mark gemäß des Gesellschaftsvertrages wie folgt zu verteilen:

- 1. dem geistlichen Referenzfonds 5 v. H. 80 303,70 M.
- 2. dem Organisationsfonds 34 251,21 M.
- 3. dem Referenzfonds 5 v. H. 80 303,70 M.
- 4. dem Fonds für besondere Referenzen 5 v. H. 80 303,70 M.

5. den Aktionären an Zinsen für das voll eingezahlte Aktienkapital 40 000,— M.

6. der Gewinnreferenz der Referenzen 5 v. H. der 25 010 555,60 M. bezugenden Jahreserlösen der Gewinnbetriebe 1 250 523,78 M.

Der Rest von 40 381,99 Mark ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Es lagen sodann drei Anträge des Vorstandes und Aufsichtsrates vor, und zwar:

- 1. Den Geschäftsbetrieb der Volksfürsorge auf alle Arten der Lebensversicherung auszuweiten.
- 2. Das Grundkapital der Gesellschaft um 4 Millionen Mark zu erhöhen, und
- 3. den Gesellschaftsvertrag entsprechend abzuändern.

Eine längere Aussprache folgte dem Bericht Leise's über diese Anträge. Die Abstimmung ergab die Annahme mit mehr als Dreierziel der abgeordneten Stimmen.

Die nunmehr beschlossene Geschäftserweiterung wird, nachdem das Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung die Genehmigung erteilt und die gerichtliche Eintragung erwirkt ist, der Volksfürsorge eine weitgehende Entwicklungsmöglichkeit eröffnen, die weiten Volkstreffen zum Segen gereichen wird.

Der Stand der Arbeitslosigkeit.

Nach den Ermittlungen des Reichsamts für Arbeitsvermittlung sollen die deutschen Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern am 14. Mai folgende Arbeitslosenziffern aufweisen:

Bremen	716
Breslau	7 418
Chemnitz	3 660
Dortmund	53
Dresden	10 085
Düsseldorf	1 079
Eisen	315
Frankfurt a. M.	21 678
Hamburg	2 579
Hannover	2 687
Köln	2 167
Königsberg	4 778
Leipzig	12 220
Magdeburg	3 298
Mannheim	1 024
München	10 216
Nürnberg	2 524
Stettin	1 887
Stuttgart	2 868

Grauenhafte Zahlen.

Das Reichsamts für Arbeitsvermittlung gibt loeben eine Statistik über die Arbeitslosigkeit in Deutschland in der Zeit vom 1. Mai 1920 bis zum 1. Mai 1921 heraus. Danach wurde am 1. Juni 1920 die niedrigste Zahl festgesetzt. In diesem Frühjahr gab es 271 000 Volkserwerbslose, während sie im Monat vorher die Höhe von 292 307 erreicht hatte. Vom Juni 1920 ab schnellte dann die Arbeitslosigkeit sprunghaft in die Höhe. Schon der Monat Juli brachte 322 923 Erwerbslose und im August waren es bereits 403 835. Im September waren es jetzt 9000 mehr. Von da ab bis zum

Jahresanfang

Fluss

beht so durch Gebrauch von Obermeyer's... besetzt, nach... bis heute alle andern... angeordneten... durch... in... in... in...

Partei-Angelegenheiten.

22. und 23. Diktirt. Montag, den 13. d. M., findet abends 8 Uhr im Diktirtsal 'Arbeitervereine' eine sehr wichtige Versammlung statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Die Unterhaltungen treffen sich vorläufig eine Stunde früher. Der Diktirtsal ist notwendig.

Holländische Gewerkschaften und Vereinsabende.

Die Arbeit der Transportarbeiter-Vereine. Für die Arbeit der Transportarbeiter-Vereine in den holländischen Groß- und Einzelhandels- und allen Welt findet am Dienstag, den 14. Juni, abends 7 1/2 Uhr im Volkspark eine wichtige Gewerkschaftsversammlung wegen Sozialtarifangelegenheiten statt. Zahlreicher Besuch, auch der Inländerinnen, aus allen Bezirken ist notwendig.

Metallarbeiter-Vereine der Klemmer. Infolgedessen, Mittwoch, abends 7 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftsraum. Bericht über die gepflogenen Verhandlungen mit der Gewerkschaft. Mitteilungsblätter sind vorzulegen. Zahlreiche Teilnehmer erwünscht.

Halle-Saalstreik.

Salle, 13. Juni 1921.

Der Mensch denkt, der holländische Magistat lenkt.

Freund Paul wohnt zwar auswärts, aber als geborener Hallenser möchte er gern zu seiner ersten Liebe zurückkehren. Neulich jedoch war er fuhrlosenswidrig auf die hoffnungslos in seiner Zukunft. Er ist darüber sehr erkrankt, hat, zeigte er mit fast aller Entzweiung den Bericht über die Stadterhebung am 21. Mai d. J., worin er die Mitteilung von einer Beihilfe in Höhe von 100 000 Mark an die Sachverständigen-Wahlbehörde mit tief schwarzem Tinte unterstrichen hatte. Er meinte, die Beihilfe wäre doch ganz nett, trat damit aber sehr ins Fettnäpfchen, weil ich dann mal aus dem Hause, daß Halle allmählich kleinsteht, werden, keine Einwohner mehr auswärts abziehen und noch Geld darauf zahlen soll. Mein Einwand, daß diese immerhin noch loderbare Maßregel durch die Wohnungsnot bedingt sei, wurde mit der Behauptung entgegnet, daß dies nicht der Fall sei, sondern daß die Wohnungslage sehr ernst sei, und daß man sich nicht auf halbtägigen Boden hätte verlassen können, wenn der Magistat nur richtig gemocht hätte. Das machte mich neugierig, und ich hat am nächsten Tag die Halle Paul los und entrollte mit die Lebensgeschichte einer holländischen gemütsvollen Stiebtelungs- und Baugesellschaft.

Danach war im Sommer 1919 eine Anzahl holländischer Bürger auf den Gedanken gekommen, sich zu einer Stiebtelungs-Gesellschaft zusammenzuschließen, das heißt die Beilke auf Kiebelern für folgende fünfzig Jahre Grundbesitz zu erwerben und darauf einige hundert Kleinwohnungen zu errichten. Anfanglich wurde dieser Plan freudig vom Magistat begrüßt. Dann aber wurden alle Eingaben ohne Antwort. Eine höfliche Anfrage unmittelbar beim Stadtoberhaupt ergab, daß man immer noch beim 'Büro' der Stiebtelung sei. Im Februar 1920 war die Prüfung des Planes durch den Magistrat erfolgt, und die Landübertragung, wobei die noch unentschiedene Frage der Umgestaltung des Landes nach Halle eine Rolle spielte. Die Gesellschaft verlor aber den Mut nicht, sondern suchte die Entscheidung dieser Angelegenheit von sich aus zu fördern. Der Entschluß war, daß die Umgestaltung im März 1920 ausgeführt wurde. Die Mitglieder erhielten nun die Beihilfe, die bekanntlich der Mensch denkt, der Magistat lenkt. Er errechnete, nämlich eine recht hohe Summe für die Beförderung des Planes mit Wasser, Licht und Straße, daß die Beförderung unmöglich wurde, weil die Vereinigung grundloslich aus Minderbemitteltens besteht. Sie erklärte sich nicht bereit, die Beihilfe zu zahlen. Wir anderen aber, um das Umlegen einer größeren Zuführungsstraße zu erhalten, und schaute die Ausgabe nicht, durch einen Ausweg genügend starke Wasserstraßen stellen zu lassen. Auch das war umsonst. Im September 1920 lehnte der Magistat wiederum ab und begründete sein Verhalten mit der Notwendigkeit einer einheitlichen Wasserleitung. Nun forderte die Gesellschaft die vollständige Befreiung der damit verbundenen Kosten unter Berücksichtigung aller vorhandenen Anschlüsse. Der Winter 1920 ging, das heißt im Januar 1921, alles still und stumm. Wie es heute, zu Somers Anfang, damit steht, das wissen außer den bestellten Magistratsmitgliedern nicht die Götter. Wir anderen aber, die wir mit dem Mann unterrichtet, daß die Stadt Halle Bau-Anschlüsse nach auswärts gibt, um den Hallenser Steuerzahlern das Auswandern zu erleichtern.

Mit einem fertigen: 'Da muß doch die Weltgeschichte aufhören!' schloß Paul seinen Bericht und damit eins von den vielen Fiktionen aus der holländischen Wohnungsnot. Wir anderen aber, die wir mit dem Mann unterrichtet, daß die Stadt Halle Bau-Anschlüsse nach auswärts gibt, um den Hallenser Steuerzahlern das Auswandern zu erleichtern.

Die Tarifverhandlung mit dem Reichspostministerium

Für alle Lohnempfänger der Postverwaltung einschließlich der Kollegen im Telegraphenbau haben am 12. April d. J. in Berlin begonnen, die zweite Sitzung ist am 24. Mai d. J. beendet worden. Lohnkommission und Vertreter des R. P. W. einigten sich dahingehend, daß in diesem Einzelstarifvertrag notwendigen reduzierter Veränderungen und Anpassungen, sowie Ausführensbedingungen zum Tarifvertrag selbst festgelegt werden sollen.

In einigen Tagen tritt die genannte Verhandlungskommission nochmals im Plenum zusammen, wo dann die letzte Sitzung vor Unterzeichnung durch die Verhandlungsergebnisse erfolgt. Schon jetzt können wir mitteilen, daß der Einzelstarifvertrag bringt in der Beziehung, trotz der großen Schwierigkeiten, die die Verhandlungen ergeben haben, annehmbare Verbesserungen. Ueber die Einzelheiten wird nach demnächstigen Abschluß eingehend berichtet.

Die Einzelheiten des Tarifvertrages werden in unserer Fachzeitung 'Post und Telegraphie' - ausgiebig besprochen. Es ist Pflicht aller Lohnempfänger der Reichspost und Telegraphenverwaltung durch einmütiges Beistehen am Verbande das Erzeugnisse weiterauszubauen.

Gonbergericht.

Die Krüger-Kammer verhandelte am Sonnabend gegen den Schiffer Otto Mabel, den Schiffer Richard Lehmann, den Schiffer Wilhelm Bauer und den Arbeiter Fritz Kärten, sämtlich aus Wilsleben. Alle Angeklagte wurden des Landfriedensbruchs und Hochverrats beschuldigt.

Lehmann fingelte in Wilsleben den Befehl Kommandos aus, daß alle Männer von 15-45 Jahren bei dem Aktionsausbruch zu erscheinen hätten. Bauer und Lehmann waren am Abend noch in Halle. Bauer und Lehmann waren am Abend noch in Halle. Bauer und Lehmann waren am Abend noch in Halle.

bestimmten Tone erklärt, daß er hieron nichts wissen konnte, kommt es zu einer donnerstäglichen Sitzung des Vorstehenden, die - weil solche Zusammenkünfte immer nur bei der Krüger-Kammer vornehmen - das Recht auf freie Meinungsäußerung des Angeklagten gefährdet werden konnte.

Mabel hat eine Abordnung zur Ausübung eines vereintlichen Organisationsbeord. Kärten, der Diktirtleiter und Kreisstaatsabgeordneter der R. P. D. ist, soll die ganze Aktion in der Wilslebener Gegend in Szene gesetzt haben. Gegenüber Mabel, Lehmann, Kärten und Lehmann, die aber das Wirken des Angeklagten Mabel und Kärten in wesentlichem Umfang nicht erweisen, namentlich Kärten habe schon beim Kaputt-Geldes verbunden und ist auch sonst ein hochangesehener Charakter.

Der Fall ist nun mit beantragte gegen Kärten und Lehmann je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Mabel 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, gegen Lehmann 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Lehmann 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Die Krüger-Kammer hat am 12. Juni d. J. die Angeklagten Mabel, Lehmann, Kärten und Lehmann zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Kärten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Mabel zu 9 Monaten Gefängnis und Lehmann zu 3 Monaten Gefängnis. Selbst über den Antrag des Staatsanwaltes ist also die Krüger-Kammer hinausgegangen! Die Stellungnahme der Reichsstaatsanwaltschaft dem Gerichtshof unbekannt zu fallen.

Auf den Kopf gekommen.

Die forumpierende Welt wirkt, merkt man zur Zeit am deutlichsten an der 'Allgemeinen Zeitung f. Mitteldeutschland'. Seitdem sie sich mit Haut und Haaren dem Stimmsturz verziehen hat, ist das eingetretene, was man sich nicht für möglich gehalten hat. Es ist nämlich noch nicht einmal, daß man sich nicht für möglich gehalten hat. Es ist nämlich noch nicht einmal, daß man sich nicht für möglich gehalten hat.

Die Vorkämpfer tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder.

Die Vorkämpfer tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder.

Die Vorkämpfer tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder.

Die Vorkämpfer tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder.

Die Vorkämpfer tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder.

Die Vorkämpfer tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder.

Die Vorkämpfer tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder.

Die Vorkämpfer tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder. Sie (die Vorkämpfer) tragen die Politik schon in die Schule, in die Kinder der Kinder.

Eins auf den Hut bekommen die kommunikativen Gemeindeführer der Sorte eines Webers. 'Ein eigenes Organ, die 'Tribüne', läßt am Sonnabend den kommunikativen Strategen Wilsleben aus Stuttgart ausruhen. Wir müssen die Kommunitäten in der Reichsstaatsanwaltschaft. 'Zum Satz', drückt die 'Tribüne' selbst geipert, 'lokal mir annehmen können, es ist auch eine eigene Meinung. Metallarbeiter, rüchelt auch danach. Laßt die ausgezeichneten Weber und Gewerkschaften allein.

Die Arbeit der Elternbeiräte. Eine gemeinsame Sitzung der Elternbeiräte der Grundschulkindergärten für Krieger- und Waisenkindern fand am 8. Juni statt. Frau Schwarzopf erstattete Bericht über die von Frau Käthe Weber veranstalteten sehr gut gelungenen Waisenkindervorlesungen, welche einen Reinerlöß von über 300 Mark brachten. Mit dieser Einnahme soll einigen sprachlich und geistig zurückgebliebenen Kindern ein Ferienlohn ermöglicht werden. Die Beiräte der Kindergärten nehmen für Kinder 1 Mt. Eintritt. Die vier Elternbeiräte im Norden der Stadt werden ersucht, an die nächsten Behörden sofort eine Eingabe zu richten, endlich ein Preisball im Norden zu erbauen. Geeignete Stellen bietet die Wilsleben-Sanität an der Schloßstraße, die unterhalb der Bismarckstraße. Gegen die Beiräte der Kinder am Vormittag zum Waisenkindergarten auf den Nachbarhöfen wurde Protest eingelegt. Die Schularbeit sei eine volle Woche unterbrochen worden. Das sei sehr bedauerlich in Würdigung der Tatsache, daß der Unterricht namentlich in den Kriegsklassen häufig ausbleibe und viele Kinder zu viel der notwendigen Schulbildung nicht erreichen werden. Am nächsten Tage soll die Schuldeputation rechtzeitig aufgestellt werden, den Urlaub während der Unterrichtsferien zu unterlegen. - Herr Mittelkühler Hauptlehrer werden, in der Turnhalle im Monat Oktober einen Schülerkongress zu halten über das Thema: 'Eine Reise durch das Weltall'.

Der Weltanschauungsgehalt der höheren Schulen. Das war das Thema des letzten Vortragsabends der Kampfgesellschaft, bei dem drei Redner sprachen: Oberlehrer Dr. Kiehm an der Friedrich-Wilhelms-Universität, Student Dr. Kiehm an der Friedrich-Wilhelms-Universität, Student Dr. Kiehm an der Friedrich-Wilhelms-Universität. Der dritte Redner sprach über das humanistische Gymnasium. Der erste Redner sprach über das humanistische Gymnasium als einer vorwiegend sprachlich-neuphilologischen Anstalt aus. Er betonte, daß eine solche Beschäftigung zugleich ein Mittel zur Menschheitsbildung, über die Naturwissenschaften hinaus, sei. Der zweite Redner sprach über die Forderungen nach einer einheitlichen Utilitarismus und eine 'Vollziehung der Gerechtigkeit'. Der dritte Redner sprach über die Forderungen nach einer einheitlichen Utilitarismus und eine 'Vollziehung der Gerechtigkeit'.

Aufnahme von Orts- und Wandern in die Wandernamtsliste zu Groß-Salle. Der Provinzialausschuß hat im letzten Monat am 12. Juni d. J. beschlossen, das Wandernamtsamt für die in der Provinzialverwaltung und in dem Krankenhaus der Kreis- und Wandernamtsamt zu Groß-Salle untergebracht. Orts- und Wandernamtsamt am 1. Juni d. J. ab nach dem jeweilig geltenden preussischen Armenienstatut zu berechnen. Das bei der Aufnahme anzuwendende Besondere ärztliche Zeugnis nach den geltenden Bestimmungen des Reichsstatuts, die Besondere ärztliche Zeugnis nach den geltenden Bestimmungen des Reichsstatuts, die Besondere ärztliche Zeugnis nach den geltenden Bestimmungen des Reichsstatuts.

Schlechte Jambere. Während einer Jamberevorstellung durch Berliner Schauspieler im Wintergarten kam es zu Unruhen, weil der größte Teil der Teilnehmer nicht die Bühne genossen und die Zurückhaltung des Eintrittsgeldes gefordert. Durch rechtzeitiges Einschreiten mehrerer Polizeibeamten wurden weitere Ausschreitungen verhindert.

Schick keine Kinder einfallen. Eltern vormittag wurden einem 3 Jahre alten Mädchen in der Linsener Straße von einer unentzogenen Frauensperson ein schwarzes Lederhörnchen mit 1/2 Pfund Schmelzspeise abgenommen. Nach Abnahme der Lederhörnchen gab die Unbekannte dem Kinde Ertragsgeld der Stadt Torgau, und schickte es dann in einen Laden, um Kirschen zu kaufen. Als das Kind wieder zurückkam, war die Frauensperson mit dem Kinde verschwunden. Die Unbekannte wurde durch die Polizei gefasst und in Haft genommen.

Bei einer nächtlichen Streife wurden in den Anlagen der Bücherei 9 Männer und 3 Frauen aufgegriffen. Sie wurden zur Prüfung ihrer Verhörungen der Kiekerwache angeführt. Unter den Gefangenen befand sich ein Mann, der wegen schwerer Verbrechen verurteilt worden war.

Streik der Arbeiter. Ein Arbeiter aus Seeben, der in der Seebenstraße einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen belegen wollte, kam zu spät und wurde vom Wagen ausgeschlossen. Er wurde in schwerem Zustand dem Krankenhaus zugeführt.

Freie Volkshilfe Halle. Kabele und Lieke. Am 10. Juni, 7 1/2 Uhr. Spitztag: D. Montag, den 13. Juni, 6. Donnerstags, den 16. Juni.

Waisenabende in der Freizeitschule. Zum Seiten der Kinderhilfe hat die Schule Freizeitspiele zwei Märchenabende veranstaltet. Die ersten Märchenabende von 430 Mark ergeben haben.

Die Dresdener Cigaretten, welche zur Zeit im Konzerthaus 'Drei Könige' gehalten, erfreuen sich allabendlich starken Zuprundes und beifälliger Aufnahme des Publikums. Im Gegensatz zu der Auffassung eines einzelnen Kritikers ist der Besuch nur zu empfindlich.

Provinz und Umgegend.

Kreisratswahl im Mansfelder-Gebiet. Nach 100 Prozent Wahlbeteiligung. - Katastrophaler Zusammenbruch der R. P. D. - Starke Wertschwankung gefordert.

Während der letzten Landtagswahl im Februar d. J. über 100 000 Stimmen abgegeben wurden, sind bis jetzt erst 25 215 Wähler beteiligt worden. Einzelne Orte stehen noch aus. Diese werden jedoch am Gesamtergebnis nicht mehr viel ändern. Stimmen wurden abgegeben für die R. P. D. 4553, U. S. P. 2884, R. K. D. 2118, Sozialistische Bürgerpartei 989 und das Zentrum 1067. Es entfielen demnach im neuen Kreisrat auf die R. P. D. 3 (bisher 2), U. S. P. 3 (1), R. K. P. 7 (13), Bürgerpartei 10 (9) und auf das Zentrum 1 (1).

Frage über Spinnungen. Welche die Reaktion auf die für die Provinz vorgesehenen landwirtschaftlichen Offensivmaßnahmen ist, ist in diesem Kreisrat wieder eine große Unentschiedenheit vorhanden. Unter Partei über das Zingeln an der Wage. Eine entsprechende Niederlage für das Proletariat ist durch die

